

Verzeichnis sämtlicher... Die Welt und... für unsere kleinen Leute... St. Berno-Blatt... Die Welt der Frau... Reichlicher Halbeber... Monatlicher Zeitschrift... Einzelnummer 10 J. Sonntags- u. Sonntagnummer 20 J. Hauptverleger: Dr. G. Dehnbil, Dresden.

Sächsisches Volksblatt

Für christliche Politik und Kultur

Verlagsstelle, Druck u. Verlag: Germania, K.K. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-K.L. Vollerstraße 17, Telefon 2012, Verlagskonto Dresden 7703, Postkonto Dresden 21 41719

Redaktion des Sächsischen Volksblattes Dresden-Kleinbl. 1, Vollerstraße 17, Telefon 20711 und 21017

Zur Parteienkrise

Der Ausgang der letzten Reichstagswahlen hat politische Bewegungen hervorgerufen, die weder durch die sommerliche Hitze, noch durch den parlamentarischen Ferienzustand irgendwie gehemmt werden konnten. Dabei ist die interessantere Beobachtung zu machen, daß gerade die beiden großen Parteien, die als Gewinner und Verlierer dem Wahlausgang in erster Linie das Gepräge gaben, in einer inneren Auseinandersetzung begriffen sind, deren letzte Auswirkungen gegenwärtig noch nicht überblickt werden können. Krisenhafte Erscheinungen in einzelnen Parteien finden in anderen Lagern leider allzuoft ein Interesse, das mehr auf schadenfroher Neugier beruht, als auf Erwägungen sachlicherer Politik. Diese kurzfristige Einstellung ist um so weniger angebracht, als keine einzige Partei mit gutem Gewissen von sich behaupten kann, daß die große Vertrauenskrise, die seit geraumer Zeit unser parlamentarisches Leben bedrückt, an ihr spurlos vorübergegangen wäre. Was sich bei den Deutschnationalen und der Sozialdemokratie gegenwärtig abspielt, ist doch schließlich, so sehr auch bestimmte Einzelaspekte den Anstoß zu den leidenschaftlichen Auseinandersetzungen gegeben haben mögen, nur ein Teilausschnitt aus jener größeren Krise des deutschen Parteiwesens überhaupt. Wer sie überwinden will, hat das Recht und die Pflicht zu aufmerksamem und sachlicher Beobachtung dessen, was in anderen politischen Gruppen vor sich geht. Denn in dieser allgemeinen Krise wirken in allen Parteien neben den zugehörigen auch formende und schöpferische Kräfte, die sich bemühen, durch die Halbheiten und Krankheiten der Gegenwart zum Durchbruch und zur Stabilisierung zu gelangen. Gerechtes Verständnis sollte daher das Mindeste sein, was sie beanspruchen dürften. Unter diesen Gesichtspunkten verdienen die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen, die in der Deutschnationalen und Sozialdemokratischen Partei seit Wochen im Gange sind, sorgfältige Beachtung.

Der Ausgangspunkt der sozialdemokratischen Krise liegt in jener Verwechslung zwischen Agitation und Politik, deren Opfer vorher auch schon andere Parteien geworden sind. Die Folge solcher Verwechslung ist immer, daß der Wähler diskutierte, rebelliert und schließlich die Partei selbst und ihre Führung in eine wenig beneidenswerte Lage bringt. Der Wähler hat in diesem Zwiespalt den Vorzug, die weitaus günstigeren Position zu besitzen; denn er beruft sich auf bestimmte Versprechungen, die ihm in tausend Reden und auf hunderttausenden von Flugblättern gegeben wurden, während die anderen sich in der peinlichen Verlegenheit befinden, einige Lücken in ihrer Tätigkeit rechtfertigen zu müssen. Weshalb diese Lücken vorhanden sind, weshalb gewisse Versprechungen nicht eingehalten wurden, ist dem Wähler nicht leicht begreiflich zu machen. Er ist an dieser Aufklärung auch nicht sonderlich interessiert; aber er begreift mit großer Begabung, daß gewisse Tatsachen, die seine politische Meinungsbildung und damit auch seine Stimmabgabe entscheidend beeinflussten, sich später als trügerisch herausgestellt haben. Und diese Klüft zwischen Versprechen und praktischer Arbeit wird mit einem Mißtrauen ausgefüllt, das die Festigkeit und Schlagfertigkeit der betroffenen Partei und damit auch ihre Bewegungsfreiheit erheblich zu gefährden droht.

Es hat den Anschein, daß die Sozialdemokratie oder wenigstens ein Teil von ihr diese Gefahren klar erkennt; denn hier und da sind in der Auseinandersetzung, die ja noch nicht abgeschlossen ist, Worte gefallen, die deutlich auf die Fehler hinweisen, die zu der Krise geführt haben. Der „Vorwärts“ hat dieser guten Erkenntnis noch am vergangenen Sonntag einen treffenden Ausdruck gegeben. Sie ist zwar nicht neu und wurde von anderen Parteien auch vorher schon aus kluger Mäßigkeit beachtet; aber ihre Feststellung gerade von dieser Seite, verbunden mit dem Einverständnis gegen sie gefehlt zu haben, macht sie uns doppelt wertvoll. Der „Vorwärts“ sagt nämlich mit knappen Worten: „Eine Partei darf sich als Oppositionspartei nicht so verhalten, daß sie als Regierungspartei zwangsläufig im Widerspruch zu ihrem früheren Verhalten gerät.“ Man sollte diesen Satz in künftigen Wahlkämpfen an den Rednerpulten aller Wahlkämpfer in großen Lettern anschlagen: Dem Redner zur weisen Warnung und seinen Hörern zum besseren und kritischeren Verständnis dessen, was ihm vorgetragen wird. Aber wie schon der „Vorwärts“ selbst bekundet ist es sehr schwer, sich an diese Lehre zu halten, und zwar deshalb schwer, weil eine Partei leicht der Versuchung unterliegt, den Radikalismus einer gegenwärtigen Gruppe durch eigenen Radikalismus zu bekämpfen. Diese Methode, die von der Sozialdemokratie mit Vorliebe nach der Seite der Kommunisten hin verfolgt wird, ist zwar aus der Sorge einer um Zuwachs kämpfenden Partei menschlich leicht zu begreifen. Aber sie beruht auf einem Irrtum, der sich noch immer bitter gerächt hat. Radikalismus läßt sich nämlich auf die Dauer nur durch politische Arbeit

Beginn der Genfer Tagung

Die Ankunft der deutschen Delegation — Reichskanzler Müller fordert die Räumung

Genf, 3. September.

Als eine der letzten traf am Sonntagabend die deutsche und die französische Delegation hier ein. Auf der Reise hatte man nochmals zweifelhafte Aufenthalt in Baden-Baden genommen, wo noch eine Unterredung mit Außenminister Dr. Stresemann stattfand. In Begleitung des Reichskanzlers Müller befinden sich Staatssekretär v. Pünder, Abg. Breitscheid und Reichspresseschef Dr. Zechlin. Auch Reichstagsabgeordneter Prälat Kaas befindet sich in Genf. Im Hotel Metropole, wo die Delegation Wohnung genommen hat, fand nach am Abend eine Delegationsbesprechung statt.

Man rechnet allgemein damit, daß der Reichskanzler nicht länger als eine Woche in Genf bleibt. Es verlautet, daß er an der Tagung des zum 11. September einberufenen Parteiaususses der S. P. D. teilnehmen will. Ueber den Gang der zu erwartenden Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und Briand über die Räumung des Rheinlandes sieht man in Genf und Berlin im allgemeinen äußerst schwarz. Auch die Räumung der zweiten Zone wird allgemein als wenig wahrscheinlich erachtet. Auch bestehen in Genf Kreise, die sich für die Räumung des Rheinlandes zu weitgehenden Verhandlungen in Genf tatsächlich ermächtigt ist.

Deutschlands wichtigstes Problem

Vor seiner Austreibung nach Genf hat der Herr Reichskanzler Herrn Tolischus, dem Berliner Vertreter des „International News Service“, auf seine Frage, welches zur Zeit das wichtigste politische Problem für Deutschland sei, geantwortet:

Das ganze deutsche Volk ist sich ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit im gegenwärtigen Zeitpunkt in nationaler Hinsicht

in einem Wunsche einig. Es ist dies die Zurückziehung der auf deutschem Gebiet stehenden französischen, englischen und belgischen Besatzungstruppen in Stärke von rund 67 000 Mann.

Man versteht nicht mehr in Deutschland, weshalb diese Truppen auf deutschem Boden belassen werden, nachdem sowohl auf dem Gebiete der Reparationszahlungen als auch auf dem Gebiete der militärischen Abrüstung Beweis über Beweis erbracht worden ist, daß man deutscherseits gewillt ist, den den früheren Gegnern gegenüber übernommenen Verpflichtungen voll und ganz nachzukommen. Ich darf an die Annahme des Dawesplans, an die Londoner Abmachungen von 1924 erinnern. Das Reparationsproblem wurde seines politischen Charakters entkleidet, es ist zu einer Materie rein wirtschaftlicher und finanzieller Natur geworden, die als solche die Gewissheit zu natürlicher und organischer Entwicklung in sich trägt, wie die jetzt vierjährige reibungslose Durchführung des Dawesplans beweist.

Kein Staat hat mehr für allgemeine Sicherheit getan als Deutschland. Es beweisen dies die Verträge von Locarno, die zahlreich abgeschlossenen Schiedsverträge, die Annahme der Fakultativklausel des Weltgerichtshofs, die aktive Mitarbeit im Genfer Sicherheitsausschuß und schließlich die fortwährende und vorbehaltlose Bereitwilligkeit zur Annahme des Kellogg-Paktes. Deutschland hat mehr als irgend ein anderes Land abgerufen. Doch noch darüber hinaus sind wir bereit, mit unserer ganzen nationalen Kraft an der Verwirklichung weiterer Vorschläge zur Sicherung und Organisation des Weltfriedens mitzuarbeiten.

Das in der Vergangenheit von uns Geleistete, das für die Zukunft von uns Gemollte gibt uns das Recht zu fordern, daß die Besatzungstruppen unser Land verlassen; ihr Verbleib würde von allen Kreisen in Deutschland als ungerechtfertigt und dem Geiste des Friedens zuwider empfunden.

Flugzeug-Katastrophe bei Paris

Der französische Handelsminister Bokanowski tödlich abgestürzt

Paris, 3. September.

Das Verkehrsflugzeug, das den Handelsminister Bokanowski, der zugleich Leiter der Handelsluftschiffahrt ist, vom Flughafen Le Bourget zu einer Flugveranstaltung nach Clermont-Ferrand führen sollte, ist um 9.15 Uhr, zwei Minuten nachdem es den Flugplatz verlassen hatte, in 150 Meter Höhe über dem Croix de Neige abgestürzt und in Brand geraten. Beim Aufschlag auf die Erde explodierten der Benzinhälter. Sämtliche Insassen fanden den Tod und zwar Handelsminister Bokanowski, der Direktor der Internationalen Luftschiffahrtsgesellschaft de France, Billys, der Pilot Genin, der Mechaniker und Funktelegraphist. Die Hitze, die durch die 700 Liter brennenden Benzins verursacht wurde, war so stark, daß sich die Rettungsmannschaften dem Flugzeug nicht nähern konnten. Die Leiche Bokanowskis konnte nur an seiner Uhr erkannt werden. Der Minister hatte an einem Kabinettstisch auf dem Sommerhof Poincarés teilgenommen. Er war bereits nach Paris zurückgekehrt und hatte in Le Bourget den Doppeldecker Spad der Firma Herriot bestiegen, der am Sonntagabend zu Ehren Poincarés über dessen Wohnhaus in Sempigny Blumen abgeworfen hatte. Bokanowski wollte am Sonntag, 9 Uhr vormittags, nach Clermont-Ferrand weiterfliegen, wo der Minister einer Tagung beizuwohnen wollte.

Der Unfall ist, wie die Staatsanwaltschaft festgestellt hat, auf Geschwindigkeitsverlust zurückzuführen. Erst nach dem Aufschlag auf den Boden geriet das Flugzeug in

Brand. Es ist anzunehmen, daß die fünf Insassen bereits vor dem Ausbruch des Feuers gestorben sind. Sämtliche Zeugenausagen stimmen darin überein, daß das Flugzeug nach gestern nachmittags in Le Bourget besonders eingehend geprüft worden war. Es führte 700 Liter Brennstoff mit sich, die auf zwei Behälter verteilt waren. Es flog gegen den Wind in östlicher Richtung an und stieg schnell 150 Meter hoch. In diesem Augenblick befand es sich nicht mehr über dem Flugplatzgelände, sondern über einem Getreidefeld; wahrscheinlich wurde dann die Schwenkung ausgeführt, um südlichen Kurs einzuschlagen. In diesem Augenblick fehlte der Motor aus, und das Flugzeug stürzte senkrecht auf das Getreidefeld ab. Der Apparat legte sich vollkommen über die Insassen.

Der Leichnam des Handelsministers Bokanowski wird im Laufe der Nacht von Toul nach Paris übergeführt und im Handelsministerium aufgebahrt werden. Die Beisetzung erfolgt nach einer Angabe vom Innenminister Sarraut höchstwahrscheinlich am kommenden Mittwoch.

Maurice Bokanowski stand im 50. Lebensjahre. 1914 wurde er Abgeordneter des Seine-Departements. In der Kammer gehörte er zur republikanischen Linken. Nach Kriegsende war Bokanowski Präsident der Zollkommission; später eine kurze Zeit Marineminister, seit 1926 Handelsminister.

und staatsbürgerliche Erziehung bekämpfen. Und positive Arbeit ist um so leichter möglich, wenn die Parteien im Wahlkampf der Wirklichkeit und dem in ihr Erreichbaren möglichst fern von agitatorischen Uebertreibungen und mit einer möglichst nüchternen Einschätzung der in der Politik wirkenden Kräfte gegenüberstehen. Der vom „Vorwärts“ ausgestellte Grundsatz verriet, wie schon gesagt, das Bekenntnis, daß der sozialdemokratische Wahlkampf, gelinde gesagt, falsch war. Reichstagspräsident Lobe, der nicht geneigt ist, dieses Zugeständnis zu machen, fordert gestern im „Vorwärts“ eine andere Konsequenz. Er sagt nämlich, daß sich die sozialdemokratische Partei an ihre Wahlversprechungen für absolut gebunden hält. Bei nächstem Zusehen entdeckt man, daß dieser Gedanke mit der These des „Vorwärts“ sehr nahe verwandt ist; denn auch er versucht eine Harmonie zwischen Agitation und verantwortlicher Arbeit herzustellen und verdient daher gleich-

falls, in den Sprachschlag des Wahlkampfes Eingang zu finden. Man wird ihm aber zuvor eine Erweiterung dahin geben müssen, daß dem Wahlversprechen eine sehr sorgfältige und gewissenhafte Prüfung vorauszugehen hat, wie die Möglichkeiten seiner Erfüllung zu bewerten sind. Diese Sorgen rühren an den Lebensnerv des parlamentarischen Systems. Denn es kann sich in seiner Funktion nur stützen auf innerlich gefestigte Parteien, die einen möglichst reibungslosen Uebergang von der Opposition zur Verantwortung verbürgen. Die Vorgänge in der Sozialdemokratie sind eine ernste Lehre für alle Parteien, vor allem für diejenigen, denen die Festigung und der weitere ruhige Ausbau der deutschen Demokratie am Herzen liegt. Es gibt, Sinn und Aufgabe einer echten Opposition ganz anders als bisher zu erfassen. Opposition ist so wichtig wie die Regierung selbst, in der Verantwortung auf die Regierung die sie zu erkämpfen sucht, um sich in ihr schöpferisch auszuwirken.

Quelle für... ttfedern... graue, gute... bessere Qualität... weiße, blau... 20 und 1 M 40;... blaue, ge... 1 M 70, 2 M... Halblaum... M; halbweiße... 3 M 50, 10 M... elgegen Nach... ussch gestaffet... iste kostenlos... n in Prag XII... n X... nn Krakl... ahaus, Fernr. 29716... z Wagner... en-Rippon... rfer Straße 74b... er- und... erarbeiten... Neubauten... e Berechnung... zizieren und... reimalen... kad, gebild. Dame... t, zeitw. a.d.Land... te unter 3424... Beteiligung... en Tausend Mark... Unternehmen od... icht techn. gebild... Angeb. unt. 3589... Mark... wathand gegen ge... Sicherheiten auf... gelocht... te unter 3590... ifler, Dentist... Schloßstraße 20... hno... idkronen... ücken... rrankenb.-Witgl... rjula... rfurt... le, Lyzeum bezim... m nach den Be... ule u. staatlich an... aushaltungsschule... ange, neuzeitlich ein... Haus, sorgfältig... u. gediegene Aus... Prospekt u. Aus... edh die Oberin... ianos... lügel... abe... , Zirkustr. 30... Sie haben... h Inferieren... in der... asischen... szeitung... be Kundchaft... und somit... ten Erfolg